



Fraktionen der
SPD und Bündnis90/Die Grünen
im Kreistag Peine

An den
Landrat des Landkreises Peine
Herrn Franz Einhaus
Burgstr. 1

31224 Peine

h 06/01

Referat Landrat
LR ☒ EKR ☐ I ☐ II ☐ III ☐

FD: KT-B350

Eingang - 6. JAN. 2016

erforderlich: ☒ zur weiteren Bearbeitung
☐ Bericht ☐ Rücksprache LR
☐ Kenntnis ☐ zum Verbleib

Sonstiges: ☐ Wv: ☐ Hz:

Peine, den 05.01.2016

Antrag : Appell der Region zu Schacht Konrad

Sehr geehrter Herr Landrat Einhaus,

die Gruppe SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragen, dass sich der Landkreis Peine dem Appell der Region zur Endlagerung radioaktiver Abfallstoffe im Schacht Konrad in Salzgitter anschließt.

Begründung:

Seit Beginn der Diskussion um die Endlagerung radioaktiver Stoffe im Schacht Konrad begleitet der Landkreis Peine das Verfahren sehr kritisch. Anlässlich der aktuellen Beratungen um das Standortauswahlgesetz des Bundes gilt es den Standpunkt der Region noch einmal deutlich darzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Hoffmann
Fraktionsvorsitzender SPD

Heiko Sachtleben
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen



**Fraktionen der
SPD und Bündnis90/Die Grünen**
im Kreistag Peine

An den
Landrat des Landkreises Peine
Herrn Franz Einhaus
Burgstr. 1

31224 Peine

Referat Landrat
LR ☒ EKR ☐ I ☐ II ☐ III ☐

FD: *KT-Boso*

Eingang - 6. JAN. 2016

erforderlich: ☐ zur weiteren Bearbeitung
☐ Bericht ☐ Rücksprache LR
Sonstiges: ☒ Kenntnis ☐ zum Verbleib

WV: _____ Hz: *se*
Peine, den 05.01.2016

Antrag : Nein zum Fracking im Landkreis Peine

Sehr geehrter Herr Landrat Einhaus,

die Gruppe SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragen

Auf der Grundlage der Korbacher Resolution, welche bisher von über 150 Bürgerinitiativen und NGOs bundesweit unterzeichnet wurde und welche Grundlage für zahlreiche Beschlüsse anderer kommunaler Räte ist, spricht sich der Kreistag Peine gegen jede Form von Fracking auf dem Kreisgebiet aus. Der Kreistag Peine spricht sich auch gegen Fracking bundesweit aus und unterzeichnet daher ebenfalls die Korbacher Resolution.

Begründung:

Mit Hydraulic Fracturing (allgemein unter dem Begriff Fracking bekannt) wird die Förderung von unkonventionellem Erdgas mittels der Einpressung von hochgiftigen Chemikalien in tiefe Gesteinsschichten bezeichnet. Dieses Verfahren ist mit unkalkulierbaren Risiken verbunden und muss im Sinne einer nachhaltigen Politik verhindert werden. Daher muss von jeglichen Plänen für Fracking zur Gewinnung von fossilen Energieträgern Abstand genommen werden. Dem Antrag ist der Originaltext der Koberger Resolution vom 05.05.2013 beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Hoffmann
Fraktionsvorsitzender SPD

Heiko Sachtleben
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen



**Fraktionen der
SPD und Bündnis90/Die Grünen**
im Kreistag Peine

An den
Landrat des Landkreises Peine
Herrn Franz Einhaus
Burgstr. 1

31224 Peine

h 6/01

Referat Landrat

LR ☒ EKR ☐ I ☐ II ☐ III ☐

FD: :: KT-B 300

Eingang - 6. JAN. 2016

erforderlich: ☒ zur weiteren Bearbeitung
☐ Bericht ☐ Rücksprache LR
Sonstiges: ☒ Kenntnis ☐ zum Verbleib

WV: Hz: *Se*
Peine, den 05.01.2016

Resolution

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Gruppe von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen stellt folgenden Resolutionsantrag:

Weitere Privatisierung der Abfallwirtschaft stoppen

Um Ressourcen zu schützen und Verpackung zu vermeiden brauchen wir ein Wertstoffgesetz, das mehr Wertstoffe aus den Siedlungsabfällen in ein hochwertiges Recycling führt, die Vermeidung von unnötigen Verpackungen fördert und finanzielle Anreize für ressourcenschonende und besser recycelbare Verpackungen und Produkte setzt.

Die bisherige Trennung von Dualen Systemen (für Verpackungen) und kommunaler Zuständigkeit für den Restmüll hat sich nicht bewährt und muss beendet werden. Für Bürgerinnen und Bürger ist sie nicht nachvollziehbar, daher kommt es zu hohen Fehlwürfen in den Tonnen.

Die geteilte Verantwortung führt zu großem administrativem Aufwand, hohen Transaktionskosten und hat derzeit keine ökologische Lenkungswirkung. Zudem sind die Dualen Systeme in der Vergangenheit bereits mehrfach durch interne Streitigkeiten um Lizenzmengen, Trittbrettfahrer und Branchenlösungen in erhebliche finanzielle Probleme geraten.

Bei Störungen der Sammlung durch die von den Dualen Systemen beauftragten Unternehmen wenden sich Bürgerinnen und Bürger an ihre Kommune, die gegen die Probleme aber nicht vorgehen kann. Wir brauchen daher ein neues, transparentes und effizientes Sammlungssystem aus einer Hand.

Die Bundesregierung hat einen Entwurf für ein Wertstoffgesetz vorgelegt, der die Kommunen aus der Entsorgung des Hausmülls weiter zurück drängt und die flächendeckende Wertstoffsammlung vollständig in die Hände der Dualen Systeme legt. Der jetzige Vorschlag verkompliziert das bereits jetzt aufgeblähte, ineffiziente System der geteilten Zuständigkeiten zwischen Dualen Systemen und Kommunen in der Abfallentsorgung weiter. Davon wird auch die Organisation der Abfallentsorgung unserer Stadt/Landkreis betroffen sein.

Dabei gehört die Abfallentsorgung zur kommunalen Daseinsvorsorge und darf nicht weiter privatisiert werden. Für eine transparente und bürgerfreundliche Lösung muss die Verantwortung für die Sammlung aller Siedlungsabfälle in kommunaler Hand sein. Der Gesetzentwurf enthält keine Durchgriffsmöglichkeiten der Kommunen auf die Sammlung der Wertstoffe. Kommunen erhalten lediglich sehr begrenzte und zudem rechtlich kaum durchsetzbare Gestaltungsmöglichkeiten bei der Sammlung. Reibungsverluste und Streitigkeiten zwischen Kommunen und privaten Entsorgern sind vorprogrammiert.

Statt eine klare, kostengünstigere Organisation der Sammlung vor Ort in einer Hand durch die Kommunen zu organisieren, werden die privaten Dualen Systeme künstlich am Leben gehalten, weitere Aufgaben an sie übertragen, und den Kommunen somit entzogen. Die Bundesregierung bereitet den Boden für ein hohes Maß an Rechtsunsicherheit.

Der derzeitige Entwurf ist aus kommunaler Sicht nicht geeignet, die Aufgabenteilung in der Abfallentsorgung neu zu regeln und die bisherigen Probleme zu lösen. Er verschärft vielmehr die bestehenden Probleme zwischen Kommunen und privaten Entsorgern und macht die Müllentsorgung nicht ausreichend ökologischer.

Der Kreistag des Landkreises Peine appelliert an die Bundesregierung, die Landesregierung und den Bundesrat:

- Die Rolle der Kommunen in der Wertstoffentsorgung zu stärken und ihnen die Organisationsverantwortung für die Sammlung der Wertstoffe aus Siedlungsabfällen zu übertragen.
- Zu verhindern, dass Kommunen, die bereits eine Wertstofftonne eingeführt haben, die Zuständigkeit hierfür entzogen wird.
- Doppelte Sammelstrukturen für Haushaltsabfälle durch private und kommunale Entsorger zu verhindern, und damit unnötige Kosten für die Bürgerinnen und Bürger einzusparen.
- Die Kommunen als zentralen Ansprechpartner für die Abfallentsorgung vor Ort festzulegen, da die geteilte Zuständigkeit für die Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar ist und unnötige Fehlwürfe produziert.
- Durch das Wertstoffgesetz bestehende Schwachstellen der Verpackungsverordnung zu beheben, indem hohe und selbstlernende Recyclingquoten, Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Anreize für ökologischere und ressourcenschonende Produkte und Verpackungen eingeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Hoffmann
Fraktionsvorsitzender
SPD-Kreistagsfraktion

Heiko Sachtleben
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen



Kreistag 20.01.2016



TOP 20 – Gesamthaushalt 2016



Haushalt 2016 – Ergebnishaushalt

Ausgangslage KT-Sitzung 07.10.2015

Erträge 2016	231.217.200 €
---------------------	----------------------

Aufwendungen 2016	234.045.600 €
--------------------------	----------------------

Defizit	- 2.828.400 €
----------------	----------------------

(Plan-Jahresergebnis Seite 53 der Unterlagen vom 02.10.2015)



Veränderungen im Ergebnishaushalt



Haushalt 2016 - Ergebnishaushalt
Veränderungen durch Finanzausgleich

höhere Schlüsselzuweisungen	1.373.000 €
höhere Kreisumlage	1.305.000 €
höhere Zuweisung übertragener Wirkungskreis	10.000 €
Gesamt (Ifd. Nr. 45 der Änderungsliste)	2.688.000 €

↑
Verbesserung



Haushalt 2016 - Ergebnishaushalt **Verschiedene Veränderungen**

zusätzliche Containermieten (lfd. Nr. 1 und 15 der Änderungsliste)	110.000 €
Reduzierung Bundes-/Landeszuschuss an Kosten der Unterkunft (lfd. Nr. 23 der Änderungsliste)	390.000 €
sonstige Veränderungen	35.000 €
Veränderungen Ausschusssitzungen vom 11.01. und 12.01.2016 (siehe Vorlage 205/2015-1)	26.600 €
Gesamt verschiedene Veränderungen	561.600 €

↑
 Verschlechterung



Stellenplanveränderungen von 2015 nach 2016

Stellen im direkten Zusammenhang mit der Entwicklung der Flüchtlingszahlen (z.B. : Ausländerstelle, Asylbewerberleistungsgesetz, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge)	31,36
Stellen im mittelbaren Zusammenhang mit der Entwicklung der Flüchtlingszahlen (Schulsozialarbeit, Integrationskurse KVHS)	5,87
Stellen, die nicht Zusammenhang mit der Entwicklung der Flüchtlingszahlen stehen (z.B. : Kfz-Zulassung, Digitalfunk, EDV Schulen, Kreismusikschule)	10,03



Haushalt 2016 - Ergebnishaushalt Höhere Aufwendungen für Asylbewerber

höherer Personalaufwand Produkt 12230 -	
Ausländerwesen - (Ifd. Nr. 3 der Änderungsliste)	202.000 €
höherer Aufwand unbegleitete minderjährige	
Asylbewerber (Ifd. Nr. 29-33 der Änderungsliste)	793.000 €
höherer Personalaufwand Asylbewerber-	
leistungsgesetz (Ifd. Nr. 18 der Änderungsliste)	586.100 €
höhere Zahlungen an Gemeinden für Sozialarbeiter	
(Ifd. Nr. 19 der Änderungsliste)	938.100 €
höherer Transferaufwandaufwand Asylbewerber-	
leistungsgesetz (Ifd. Nr. 20 der Änderungsliste)	15.347.600 €
höhere Aufwendungen für Asylbewerber	17.866.800 €



Verschlechterung



Haushalt 2016 - Ergebnishaushalt
Höhere Erstattungen von Bund und Land

Erstattungen von Bund/Land	1.147.800 €
Forderungen gegenüber Land auf Erstattung Asylbewerberleistungen	17.539.500 €
Verbesserung Erträge (siehe lfd. Nr. 17 der Änderungsliste)	18.687.300 €

↑
Verbesserung



Haushalt 2016 - Ergebnishaushalt **Zusammenfassung, Stand 20.01.2016**

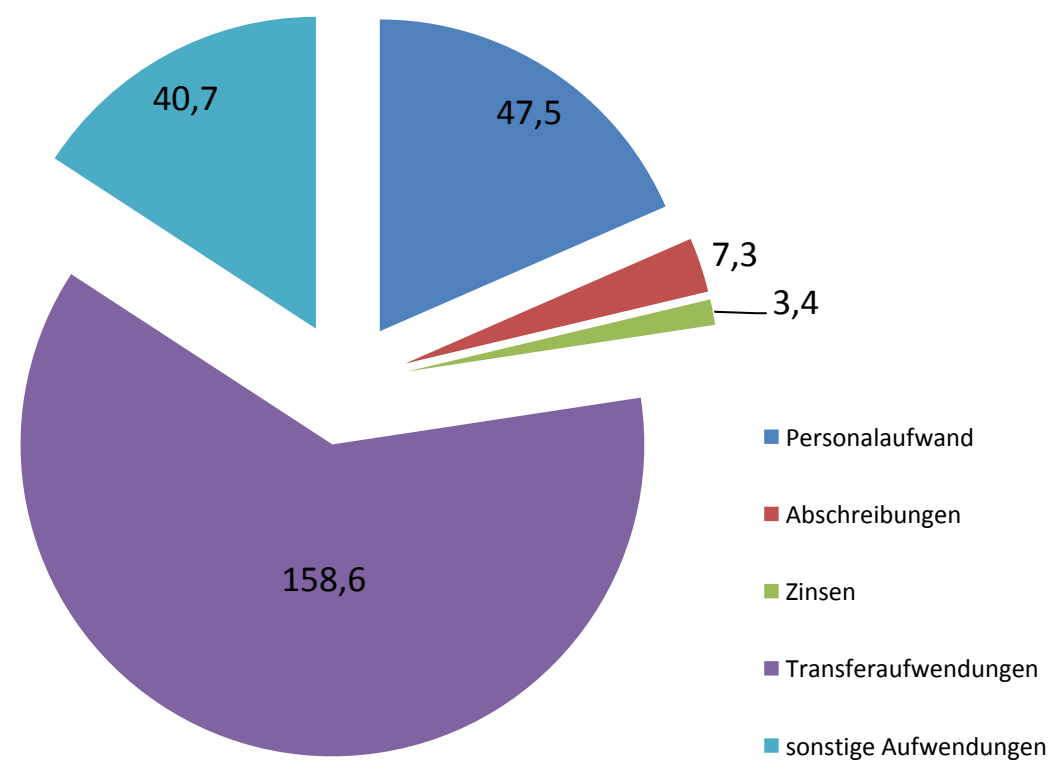
Jahresfehlbetrag Stand 07.10.2015	-2.828.400 €
Verbesserungen Finanzausgleich	2.688.000 €
verschiedene Veränderungen	-561.600 €
höhere Aufwendungen für Asylbewerber	-17.866.800 €
höhere Erträge aus Erstattung Asylbewerberleistungen	18.687.300 €
Jahresüberschuss Stand 20.01.2016	118.500 €



Summe Jahresüberschuss (lfd. Nr. 4 der Änderungsliste vom 15.01.2016 – Vorlage 205/2015-1)



Haushalt 2016 - Ergebnishaushalt Aufwendungen in Mio. €





Aufteilung Transferaufwendungen **158,6 Mio. €**

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	29,6 Mio. €
Grundsicherung im Alter	10,7 Mio. €
Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	20,9 Mio. €
ALG II	61,5 Mio. €
Jugendhilfe	21,9 Mio. €
sonstiges	14,0 Mio. €

Gegenfinanzierung erfolgt zum Teil über Quotales System (rd. 75 %),
Erstattungen von Bund/Land (Grundsicherung, AsylbLG, ALG II)



Weitere gravierende Einzelposten

Schülerbeförderung	7,4	Mio. €
Straßenunterhaltung	1,2	Mio. €
Bauunterhaltung IWB	4,9	Mio. €
Gebäudever- und entsorgung	6,4	Mio. €
Rettungsdienst	6,1	Mio. €



Veränderungen aus der Investitionstätigkeit



Haushalt 2016 - Finanzhaushalt Veränderungen Saldo aus Investitionstätigkeit

Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Seite 55, Zeile 31 der Unterlagen vom 02.10.2015)	12.110.100 €
Mannschaftswagen für Kreisfeuerwehr	45.000 €
Neuveranschlagung Kreishauserweiterung (wegen entfallener Kreditermächtigung)	2.000.000 €
zusätzliches Mobiliar wegen neuer Stellen	27.500 €
Lizenzgebühren Welcome-App	7.000 €
Erhöhung Krankenhausumlage	278.800 €
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	14.468.400 €



Investitionsbedarf Stand 20.01.2016

investive Auszahlungen		14.468.400 €
davon	Kurzbeschreibungen der Maßnahmen	
Straßenbaumaßnahmen	Planungskosten, verschiedene Einzelmaßnahmen (z.B. 2,1 Mio. € für K 71 Woltorf - Sierße)	5.201.000 €
Schulausstattungen	Fachunterrichtsräume, technische Ausstattungen, sonstiges	1.614.800 €
Krankenhausumlage	Pflichtleistung (Erhöhung um 278.800 €)	1.718.000 €
Kreishaus	Anbau an Kreistagsgebäude (Restbetrag und Wiederveranschlagung)	3.058.000 €
Energetische Sanierung	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen nach dem Kommunalinvestitionsprogramm (Energetische Sanierung)	700.000 €
FTZ	u.a. Ersatzbeschaffung ELW 2; (Erhöhung um 45.000 € für MTW)	688.200 €
EDV	u.a. Serverbeschaffungen	325.000 €
Sonstiges	Versorgungskasse; investive KiTa-Förderung; Kreisschulbaukasse; (Erhöhung um 34.500 €)	1.163.400 €



Exkurs:

Auswirkungen der Bauverzögerungen auf den Ergebnishaushalt



Mietaufwendungen für Räume in der Woltorfer Straße und Container

Raummiete Woltorfer Straße (gerundet)	150.000 €
Containermiete Jobcenter (gerundet)	30.000 €
Containermiete STVA (gerundet)	80.000 €
Miete zusätzliche Container STVA (gerundet)	60.000 €
höhere Energiekosten der Container (geschätzt)	30.000 €
Gesamtaufwand (Belastung des Ergebnishaushaltes)	350.000 €



Veränderungen aus der Finanzierungstätigkeit



Veränderungen bei Kreditaufnahmen

Als Folge der Veränderungen bei der Investitionstätigkeit verändert sich auch die Höhe der Kreditaufnahmen.

geplante Kreditaufnahme (Seite 55, Zeile 34 der Unterlagen vom 02.10.2015)	8.759.600 €
Auswirkungen Veränderungen Investitionstätigkeit	588.300 €
Neuveranschlagung Kreditaufnahme Kreishausenerweiterung	2.000.000 €
geplante Kreditaufnahme (Anlage 3, Finanzhaushalt, Zeile 34)	11.347.900 €



Liquidentwicklung

Defizit (Seite 55, Zeile 37 der Unterlagen vom 02.10.2015)	-4.351.300 €
Verbesserungen Finanzausgleich (hhere Einzahlungen)	2.688.000 €
verschiedene Vernderungen (hhere Auszahlungen)	-561.600 €
verschiedene Anderungen (hhere Einzahlungen, z.B. Erstattung VBL-Sanierungsgeld)	1.447.600 €
Zwischenstand	-777.300 €



Leicht steigender
Kassenkreditbedarf



Liquiditätsentwicklung

Zwischenstand	-777.300 €
höhere Auszahlungen für Asylbewerber (wie im Ergebnishaushalt)	-17.866.800 €
höhere Einzahlungen für Asylbewerberleistungen (ohne ausgewiesene Forderungen)	1.147.800 €
Defizit (siehe Vorlage 205/2015-01 - Anlage Finanzhaushalt)	-17.496.300 €



Steigender Kassenkreditbedarf als Folge der zeitversetzten Erstattung der Asylaufwendungen



Risiken/Chancen der Haushaltsplanung 2016:

- **Endgültige Höhe der Schlüsselzuweisungen wird erst im April/Mai 2016 bekannt**
- **Endgültige Höhe der Kreisumlage ist abhängig von der genauen Höhe der Schlüsselzuweisungen**
- **Entwicklung der Flüchtlingszahlen**



**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit**